

Hamas – ein Sieg zuviel (Übersetzung)

Yonatan Ben Efrat

Der überwältigende Sieg der Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen am 25. Januar 2005 – sie gewann 74 von 132 Sitzen – hat die Region wie ein Blitz getroffen. Niemand war verblüffter als Hamas selbst. Sie ähnelte einem Bettler, der in der Lotterie gewonnen hat und nun nicht weiß, wie er sich in der Welt der Reichen benehmen soll. Die Hamas-Führer werden jetzt navigieren müssen, während sie schon in Bewegung sind, und dabei hoffen, dass ihr Schneeball nicht so schnell wird, dass alles mit einem Zusammenbruch endet.

Seit dem Beginn der ersten Intifada im Dezember 1987 hat sich die Hamas als Gegenkraft zur PLO aufgebaut. Damals stimmte Letztere der Anerkennung des Staates Israel zu. 1993 begann sie das Abenteuer von Oslo – und nach fünf Jahren einer blutigen zweiten Intifada – ist die PA am Ende der Fahnenstange angekommen. Hamas war es derweil gelungen, den Status der Fatah als Hauptvertreterin des palästinensischen Volkes zu untergraben.

Doch Hamas ist in einem tiefen Widerspruch gefangen. Während der ganzen Jahre hat sie sich als innerpalästinensische Alternative gebärdet, nicht aber als realistische politische Alternative – nicht als eine Organisation, die das palästinensische Volk gegenüber Israel und dem Rest der Welt vertreten könnte. Während der zweiten Intifada hat Hamas, wir erinnern uns, wiederholt verkündet, ihre neue „Strategie“, die Selbstmordattentate, würden das „zionistische Gebilde“ innerhalb von fünf Jahren zerstören. Keine Notwendigkeit für Verhandlungen! Die Bewegung hat nie eine politische Plattform oder einen Friedensplan vorgelegt. Im Gegenteil, Artikel 11 ihrer Charta erklärt ganz Palästina als „waaf“-Land – eine heilige muslimische Verpflichtung – das nicht zur Verhandlung steht.

Selbst auf wirtschaftlicher Ebene bietet Hamas keine echte Alternative. Der einzige Unterschied zur Fatah ist hygienischer Natur: Wie Fatah, ermutigt auch Hamas die Kräfte des Marktes, also den Kapitalismus. Es stimmt, sie ist frei von Korruption. Sie hat sogar ein beispielhaftes Netzwerk von Wohltätigkeitsorganisationen betrieben. Doch Wohltätigkeit ist kein Ersatz für eine funktionierende Wirtschaft, insbesondere nicht in der komplizierten Realität, die die Besatzung geschaffen hat.

Wenn wir die Wahlergebnisse im Detail analysieren, scheint der Hamas-Sieg nicht ganz so groß. Gemäß dem von der Fatah geschaffenen System wird eine Hälfte des Parlaments in einer einzigen nationalen Wahl bestimmt, die andere Hälfte in Bezirkswahlen. National haben 430.000, also 45 %, für Hamas gestimmt; 400.000 (41 %) für Fatah und 14 % für andere Kandidaten. Der Erdrutsch hat eher in den Bezirkswahlen stattgefunden. Hier war es Fatah nicht gelungen, einheitlich aufzutreten. Unter Missachtung des parteiinternen Aufrufs zur Einheit traten in jedem Bezirk mehrere Kandidaten der Fatah zur Wahl an. Hamas andererseits war klug und diszipliniert genug, um nur einen Kandidaten pro Bezirk aufzustellen. Auf diese Art wurden Fatah-Stimmen verschwendet und die für Hamas nicht. Andernfalls hätte Fatah möglicherweise genug Sitze gewonnen, um gemeinsam mit anderen säkularen Parteien eine Koalition zu bilden.

In der Tat hatte Hamas angenommen, dass Fatah eine Koalition bilden würde. Sie hatte sogar darauf gezählt. Während ihrer gesamten Wahlkampagne hatte sie betont, sie habe nicht die Absicht, Fatah am Ruder zu ersetzen. Alles, was sie wollte, war, als respektable politische Bewegung Legitimität zu gewinnen, während sie zugleich ihre Identität als bewaffnete,

kämpfende Opposition beibehielt – wie Hizb’allah in Libanon. Die Schlüssel zum Allerheiligsten der Macht wollte Hamas nicht.

Doch demokratische Wahlen, wie die Pläne von Mäusen und Menschen, „gehen oft nach hinten los“. Das palästinensische Volk hat gesprochen und jetzt ist es an der Hamas zu antworten. Als erstes Zeichen – um die einheimische und internationale Öffentlichkeit zu beruhigen – entschied sie sich, den Gipfel ihrer Anführer (einschließlich externer Führer wie Khaled Mashal) in Ägypten statt in Syrien durchzuführen. Dies war eine versöhnliche Geste: die Hamas-Charta kritisiert Ägypten wegen des Camp-David-Abkommens von 1978. Die Wahl des Ortes war ein Hinweis an Israel und die Welt, dass die Bewegung bereit ist, unter der Schirmherrschaft der USA zu arbeiten.

Verschiedene Faktoren haben die Welt draußen davon abgehalten, gegenüber der Hamas eine einheitliche Stellung zu beziehen. Zunächst einmal gibt es keinen konkreten politischen Prozess, der von der Hamas fordern würde, Stellung zu beziehen. Zweitens entwickelt Israel eine Politik des Unilateralismus und weigert sich selbst die gemäßigtsten Palästinenser als Partner zu betrachten. Drittens verliefen die palästinensischen Wahlen, von den Augen der Weltgemeinschaft sorgfältig beobachtet, bemerkenswert sauber. Diese Fakten haben zu der russischen und französischen Offenheit gegenüber Hamas beigetragen, die in Washington großes Unbehagen erzeugt hat. Letzteres bekommt gerade einen Vorgeschmack darauf, was passieren kann, wenn sie dem Nahen Osten Demokratie aufzwingt.

Wahlen in dieser Region bringen nur einen Sieger hervor: den Islam. Dies liegt zum Teil am Fehlen liberaler Parteien mit westlichen Programmen. Wir sollten uns erinnern, dass die Vereinigten Staaten während des Kalten Kriegs mitgeholfen haben, säkulare Alternativen in der gesamten Region zu eliminieren, und islamistische Parteien als Puffer gegen diese gepflegt haben.

Die Ergebnisse der Wahlen zur PA spiegeln einen zwangsläufigen historischen Prozess wieder. Die zweite Intifada begann, wie wir wissen, im September 2000 als Volksaufstand. Ihr Motiv war es, *beide* Partner von Oslo zu bestrafen: nicht nur Israel, sondern auch die PA (die ihr Volk in zunehmende Armut geführt hatte, während seine Führer – und die Israelis – immer reicher wurden). Der Aufstand hatte jedoch nicht die Führung, die notwendig gewesen wäre, um die korrupte PA zu bestrafen.

Die Möglichkeit für diese Bestrafung ergab sich bei den letzten Wahlen.

Sowohl Israel als auch die PA zählten auf den gesunden Menschenverstand des palästinensischen Volkes. Sie zählten auf dessen Ängste vor völliger Preisgabe, falls die Fatah nicht mehr regieren würde. Hamas, so dachte man, würde eine große Zahl an Stimmen gewinnen, aber nicht die entscheidende Mehrheit, dies würde der Fatah als Warnung dienen, sich von der Korruption zu befreien. Aber die Realität hat die Phantasie überholt. Die Wähler haben die Fatah in Schutt und Asche gelegt. Die Revolte, die sich 2000 nicht verwirklichen ließ, fand durch die von Bush gestützten Wahlen 2006 ihre ruhigere Vollendung. Die Kraft, die Oslo und die PA begrub, war das palästinensische Volk selbst. Hamas war dessen Werkzeug.

Aus *Challenge 92, Juli 2005*, aus „Die demokratische Masche“ von Yacov Ben Efrat

Ministerin Rice weiß genau, was das Ergebnis wäre, wenn die Ägypter die Freiheit hätten, demokratische Wahlen durchzuführen. Die Muslimbruderschaft würde die Macht übernehmen. Nur um zu zeigen, wie weit sie von dem entfernt ist, was sie sagt, hat Rice während ihres Besuchs in Ägypten ein Treffen mit der islamischen Opposition vermieden. Dies tat sie als Geste gegenüber ihrem „Freund“ Präsident-Diktator Hosni Mubarak.

Um fair zu sein, sollten wir bemerken, dass Amerika außer seiner finanziellen Unterstützung Mubaraks auch säkularen NROs in Ägypten hilft. Deren Einfluss auf der Straße ist jedoch unbedeutend.

Was ist mit Jordanien. Wer würde in demokratischen Wahlen aufsteigen, um den derzeitigen Diktator-König zu ersetzen? Sie haben es erraten: die Muslimbruderschaft. Und was ist mit Saudi Arabien? Sie haben es wieder erraten. Amerika sehnt sich nach Demokratie im Nahen Osten, aber die führende Wahlalternative ist in den meisten Regionen des Landes eine Gruppe, die durch islamisches Recht regiert werden will.

Wir wollen die jüngsten Beispiele palästinensischer Demokratie, auf die Bush so stolz ist, nicht auslassen. Es besteht kein Zweifel, dass die Wahl Abu Mazens, die einzige Alternative nach Arafats Tod und im Weißen Haus sehr beliebt, aus amerikanischer Sicht einen Sieg darstellte. Einen kurzfristigen Sieg allerdings. Der demokratische Prozess endete nicht mit der Wahl eines Präsidenten sondern setzte sich mit den Kommunalwahlen fort, denen die Wahlen zum Legislativrat folgten. Und siehe! Wen hat die Demokratie an die Macht gebracht? Hamas, die militante islamistische Partei, die sich im Gegensatz zu 1996 diesmal entschieden hatte, an den Wahlen teilzunehmen. Abu Mazens Fatah wurde vernichtend geschlagen. Die Aussichten für die Parlamentswahlen, die Ende Juli stattfinden sollten, waren allzu deutlich. Abu Mazen hat sie verschoben.

Da haben wir amerikanische Demokratie in Aktion. In Reaktion auf Rice' Rede in Kairo schrieb Zvi Bar'el, Kommentator der Haaretz für arabische Fragen am 26. Juni 2005:

„Das Problem ist, dass die amerikanische Demokratie aufgrund der aggressiven Art und Weise, in der sie der Region aufgezwungen wird, erbitterten Widerstand unter Bewegungen auslöst, die eigentlich für Reformen eintreten, aber nicht den Anschein erwecken wollen, dem amerikanischen Diktat zu folgen. Die libanesische Opposition vermeidet es sehr sorgfältig mit den amerikanischen Moralpredigten identifiziert zu werden. Wenn es um die Beziehungen zu Amerika geht, sind die Reformisten im Iran bereit mit den Konservativen zusammenzugehen. In Saudi Arabien lehnen intellektuelle Befürworter von Reformen amerikanischen Druck ab und Oppositionsparteien in Ägypten – jene, die Rice so überschwänglich gepriesen hat – setzen jetzt entschieden anti-amerikanische Slogans ein, um ihren Patriotismus zu demonstrieren.“

Der Nahe Osten hat eine lange Rechnung mit Amerika. Er stellt Jahrzehnte unverfrorener Einmischung zu Gunsten Israels in Rechnung, die Unterstützung arabischer Diktatoren und die Gleichgültigkeit gegenüber der Armut und Rückständigkeit, in denen diese Diktatoren ihre Völker gefangen gehalten haben. Die Vorstellung, dass solche Übel durch unbekümmerte Demokratie-Slogans ausgeglichen werden könnten, beleidigt die Intelligenz dieser Menschen.

Während des Kalten Kriegs waren die USA Komplizen bei der Eliminierung aller weltlichen Alternativen und haben islamische Parteien als Bollwerk gegen diese großgezogen.

Wirkliche Demokratie kann sich nur in einem Land entwickeln, in dem Religion und Staat getrennt sind und dessen Bürger spüren, dass sie den Gang der Dinge beeinflussen können. Armut und Unwissenheit rufen die Gesetze der Horde hervor, die Gesetze der Korruption und Angst. Sie versetzen die wenigen Privilegierten in die Lage mit dem Staat zu tun, was ihnen gefällt.

Amerika hat für den Nahen Osten keine Antwort. Alles, was es zu geben hat, ist wie schon immer das Unglück. Aus diesem Grund wird Demokratie nur kommen, wenn zwei unterschiedliche, aber nicht voneinander unabhängige Voraussetzungen erfüllt sind. Amerika muss im Irak geschlagen werden und die Menschen müssen aus der Illusion erwachen, der Islam könne eine politische Alternative darstellen. Nur dann wird der Weg für eine echte Demokratie frei, die nicht mit kapitalistischer Ausbeutung der Ressourcen identifiziert wird, sondern mit der Verwendung dieser Ressourcen zum Wohle Aller.